



Die Sicht der Anderen

Für Thomas von Aquin galten Steuern als legaler Raub. Neben dem Gewaltmonopol sind Steuern eine Säule staatlicher Gemeinwesen. Schließlich wollen wir alle Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Infrastruktur, gute Bildungseinrichtungen, sozialen Ausgleich und Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung. Daher sehen wir auch die Notwendigkeit ein, Steuern zu zahlen.

Wir dürfen allerdings erwarten, dass die Steuerlast erträglich bleibt und dass die Ausgaben sparsam und vernünftig erfolgen. Weiters, dass die Steuergesetze einfach und wirkungsbedacht sind, dass die Steuerlast gleichmäßig und angemessen verteilt wird sowie die Steuereinzahlung verständnisvoll und billig erfolgt. Dies muss auch für den Sozialversicherungsbeitrag gelten, weil vielfache Belastungen aus diesem Bereich kommen, ohne dass die Einnahmen die Ausgaben nach dem Umlageprinzip decken würden.

Wenn also der Mindestlohn von gegenwärtig etwa 1200 Euro auf 1500 Euro steigen soll und wenn man bis zu diesem Betrag Lohnsteuerfreiheit vorsieht, geht dennoch ein wesentlicher Teil der Differenz von 300 Euro an Sozialversicherungsabgaben, Wohnbauförderung, Kammer- und anderen Beiträgen wieder verloren. Die Folge davon ist, dass den Betroffenen netto erst nur ein vergleichsweise

geringer Teil verbleibt, gleichzeitig aber gravierende wirtschaftliche Folgen, Beschäftigungsminderungen und Zunahme von Schwarzarbeit eintreten. Auch Finanzbeamte lassen ihr Auto lieber in der Schattenwirtschaft um 40 Prozent günstiger reparieren, anstatt es offiziell in eine Werkstatt zu stellen.

Mit einer Steuerlast von offiziell 44 Prozent liegen wir an der Weltspitze. Darin sind viele Gebühren, die beispielsweise leistbares Wohnen immer mehr erschweren, gar nicht enthalten, sodass die Abgabenlast über 45 Prozent liegt. Sie ist alles andere als gleichmäßig verteilt, dies verhindern schon die unzähligen Ungerechtigkeiten schaffenden Ausnahmen. Vor allem der Faktor Arbeit ist überladen. Damit entsteht wettbewerbsverschlechternd ein riesiger Keil zwischen Netto- und Bruttolohn bzw. zwischen Lohn und Arbeitskosten.

Die Eintreibung wird immer schikanöser, weil die Vorschriften kleinlicher ausgelegt und die Prüfungen immer länger und engstir-



niger erfolgen. Kein Wunder, wenn die Akzeptanz abnimmt.

Dessen ungeachtet werden immer neue Steuerideen geboren und zugleich im 14-Tage-Takt neue gesetzliche Bestimmungen und Ausnahmen beschlossen. Dennoch kommt man

mit den Einnahmen nicht aus, diese sind überdies immer weniger wirkungsorientiert und treffsicher, zudem fehlt jegliche Transparenz. Der Dschungel bei den Ausgaben und Transfers ist nicht mit den Einnahmen abgestimmt, und mit der vorschriftswahnsinnigen Regulierungswut wird das System zur Sekatur. Selbst bei guter Konjunktur machen wir zusätzliche Schulden, wobei die öffentlichen Investitionen ohnehin längst ausgegliedert wurden.

Man fragt sich, wieso Deutschland, die Schweiz sowie zahlreiche andere Länder mit deutlich geringerer Steuerlast besser auskommen, mehr für die Zukunft tun und zugleich weniger Schulden haben. Vor einer Wahl hören wir wieder die Schmalmeintöne von Steuerent-

lastungen und Steuerensenkungen, die ohnehin niemand glauben will. Die Gegenfinanzierung muss befürchtet werden, wie die jüngste Steuerreform gezeigt hat. Die damit verbundene Logissteuer, Erbschaftssteuer für Häuslbauer und Registrierkassenwahnwitz hätten dem Teufel im Zorn nicht einfallen können.

In dem Fall wird der ansonsten „legale Raub“ nun doch zur Sünde. Gleichzeitig wird aber versprochen, dass die Ausgaben unberührt bleiben. Eine Verringerung der Steuerlast auf 40 Prozent würde eine Steuerensenkung von 20 Milliarden Euro bedeuten. Das ist ein Viertel der gesamten Budgetausgaben. Wie dies ohne massive Ausgabenkürzungen erfolgen soll, ist ein Rätsel. Im Vergleich dazu ist Alchemie eine Naturwissenschaft.

Es soll also bei intransparenten und opulenten Gegenwartsausgaben und frugalen, kargen Ausgaben für die Zukunft bleiben. Der Faktor Arbeit wird weiter rekordhaft belastet. Einnahmen, Ausgaben und Transfers werden nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt. Digitalisierung und Roboterisie-

Steuern: Raub ohne Sünde?

Die Steuerreform-Versprechen im Wahlkampf bestehen aus unplausiblen Überschriften. Im Vergleich dazu ist Alchemie eine Naturwissenschaft.

rung kümmern niemand – das gilt leider auch für die demografische Herausforderung, wenn die geburtenstarken Babyboomer von den geburtenschwachen Pillenkern abgelöst werden.

Niemand schafft Klarheit, was sinnvollerweise überhaupt besteuert werden soll. Der Acker (Investitionen) oder der Ernteertrag (Gewinn bzw. Einkommen) oder der Konsum oder und vor allem im digitalen Zeitalter Transaktionen? Niemand sagt, wie unter all diesen Umständen der Sozialstaat in Zukunft finanziert werden kann, obwohl das Umlageverfahren schon jetzt nicht die Pensionen, nicht die Gesundheitsausgaben oder die Pflegeausgaben deckt. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn diese Steuerverhältnisse Unzufriedenheit und Missmut hervorrufen.

Ohnehin sollte man wissen, dass man mit Steuern kaum Wahlen gewinnen, sehr wohl aber verlieren kann, ja sogar Rebellion entstehen und selbst Revolutionen ausgelöst werden können. Dies sind Aufgaben der Zukunft. Dafür wären überlegte Vorschläge dringend notwendig – die im Wahlkampf verbreiteten unplausiblen Überschriften sind davon weit entfernt.

Hannes Androsch ist Unternehmer und ehemaliger österreichischer Vizekanzler und Finanzminister.